

tigung, die früheren dem Volke so verderblichen staatsrechtlichen Folgerungen entwickelt, und selbst noch im Leben des neueren Staates festgehalten.

Alle diese Folgerungen mußten aber nach ihrer Gebrechlichkeit und Haltlosigkeit erkannt werden, sobald die richtige Ansicht vom neueren Staate sich im Volke verbreitete, und zum Anerkenntniß kam. Dies ist jetzt auch dem Rechte nach der Fall. Der Staat hat jetzt das ganze Volk ergriffen. Er hat die aufgelösten Stände des Volkes allzumal verzehrt, und dafür das staatliche Volk, zugleich als staatliches Volk reproducirt. Mit diesem Prozesse ist die feudalistische Pyramide endlich umgestürzt, und der sprachverwirrende Thurbau zerstört. Nun muß noch die althergebrachte falsche Sprache beseitigt werden, damit Jeder im Staate zum Bewußtsein des Staates und seiner Bedeutung in demselben, zur Kenntniß seiner staatlichen Rechte und Pflichten gelange. — Der Staat der neueren Zeit, welcher allein dem wahren Begriffe vom Staate entspricht, umfaßt das ganze Volk, als seinen unentbehrlichen Stoff, er umkreist dasselbe, wie im Physischen das hohe feste Land den weiten Ocean umschließt. In beiden Kreisen strömt das flüssige, bewegliche, nicht selten von Draken umwühlte natürliche Element, (des Volkes und des Wassers) aber die umgürtenden Kreise stehen fest, und halten die stürmisch brausenden Wogen eben so sicher zusammen, wie den friedlichen stillen See. Im wahren Staate, wie im Ocean, herrscht das statische Gesetz des Gleichgewichtes, und es giebt kein Uebereinander mehr, sondern ein Nebeneinander. Die Gewalt aber liegt in den das Element des ganzen Volkes umfassenden künstlichen Kreisen. Diese Kreise sind eben die staatlichen Gewalten, deren Leben und Wirken hauptsächlich nach den Denkgesetzen ermittelt wird. Auf die Zahl der Köpfe, welche diese Gewalten ausmachen, kommt es dabei im Wesentlichen nicht an. Denn das Körperliche wird auf diesem Gebiete ignorirt; die Gewalten sind eben die Gewalten, mögen sie aus einem oder mehreren Menschen bestehen. Hier steht nicht 1 Einer neben 2 oder 500 Einern; vielmehr steht Gewaltkreis oder Gewaltträger neben Gewaltträger. Auch Veränderungen, und selbst der Tod in den betreffenden Trägern der Gewalt bleiben deshalb einflußlos. Die Staatsgewalt lebt und wacht ununterbrochen. Daher rührt der Grundsatz: Der König stirbt nicht, und eben daraus entspringt die Nothwendigkeit, daß der Fortbestand und die Erneuerung der Kammern in der Verfassung unverbrüchlich festgestellt werde.

Fortsetzung folgt.

## Deutschland.

**Berlin, 19. Febr.** Der Belagerungszustand, dessen Aufhebung vor Eröffnung der Kammern allerdings beabsichtigt war, wird auf unbestimmte Zeit verlängert bleiben, da Nachrichten so bedenklicher Art eingelaufen sein sollen, daß ein Aufheben desselben wie ein Verrath am Vaterlande erscheinen würde. — Vorgestern Abend wurden hier zwei Vorversammlungen zu den Nachwahlen für die zweite Kammer polizeilich aufgehoben; aus welchem Grunde, ist uns nicht bekannt geworden. Bei der Tags vorher stattgehabten Versammlung des 3ten größern Wahlkreises trat auch Jung als Candidat auf. Seine Rede erntete so großen Beifall, daß man sogleich über ihn abstimmen wollte, was aber auf den Antrag des Dr. Spieckermann unterblieb. — Dennoch hat Herr Jung, für den 115 Stimmen sich entschieden haben, wenig Aussicht; vielmehr schwankt die Wahl zwischen Bruno Bauer, Koch, Stadtgerichtsdirektor aus Meisse und Loewe aus Kalbe. Der erste Wahlbezirk hat sich für Simon aus Breslau entschieden.

— Der Königliche Hof legt morgen, den 20., die Trauer auf 14 Tage für Se. Königliche Hoheit den Prinzen Waldemar von Preußen an.

— Das Gerücht von einer Coalition Rußlands, Oesterreichs und Baierns zur Herstellung des alten deutschen Bundes, welches von mehreren Zeitungen verbreitet wird, erweist sich als durchaus grundlos.

— Mehrere Abgeordnete von der Oppositions-Partei treffen schon in diesen Tagen hier ein, um Einleitungen für den Operationsplan der Linken zu treffen. Es befinden sich unter denselben Einige, welche früher aus Berlin ausgewiesen wurden und jetzt die Gelegenheit benutzen, sich hier wieder anzusiedeln.

— Am nächsten Sonnabend wird hier im Sommerischen Lokal ein Banquet des demokratischen Vereins der Königsstadt abgehalten. Das große demokratische Banquet bei Kroll ist bis zum 3. März verschoben worden, indem der General v. Wrangel Einspruch gegen die große Zahl der Theilnehmer erhoben hat, weshalb man erst das Beisammensein der Kammern abwarten will.

— Das demokratische Central-Comité in Rötten beabsichtigt, wieder Freischaaen für Schleswig-Holstein zu werben. Wahrscheinlich sind diese Freischaaen zu anderen Zwecken bestimmt.

\* **Frankfurt, 20. Febr.** In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurden die Paragraphen 1 und 2 des Wahlgesetzes in nachstehender Fassung angenommen:

§. 1. Wähler ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 2. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen, oder über deren Vermögen Concurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar während der Dauer dieses Concurs- oder Fallitverfahrens; 2) Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen oder Gemeinde-Mitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben. (Jede Art von Censur ist demnach verworfen.)

**Frankfurt, 20. Febr.** Gestern fand eine zweite Versammlung im Weidenbusche statt von Seiten derer, welche am Bundesstaate festhalten wollen. Die erwählte Commission legte das Programm vor, welches zu entwerfen ihr aufgetragen war, und welches kurz und bündig lautet, wie folgt: „Wir Unterzeichneten vereinigen uns, gemeinschaftlich dafür zu wirken, daß die bei der ersten Lesung angenommenen Grundlagen und Consequenzen des deutschen Bundesstaates im Wesentlichen festgehalten werden. Insbesondere betrachten wir die Bestimmungen der §§. 2 und 3 vom Reich, des §. 1 vom Reichstag und des §. 1 vom Reichs-Oberhaupt als solche, welche (für den deutschen Bundesstaat) nicht aufgegeben werden dürfen. Jeder Verzögerung, jeder Unterbrechung des Verfassungswerkes werden wir entgegen treten, sie komme, von welcher Seite sie wolle.“ Die Versammlung war sehr zahlreich, die Verhandlung kurz, nachdrucksvoll und einig, und weil eben keine Verschiedenheit der Ansichten herrschte, kam man auch keinesweges dahin überein, daß eine Wiederholung der Versammlung zunächst nicht nöthig scheine, und daß es der Commission überlassen bleibe, ob und wann sie eine neue Zusammenkunft berufen wolle. Man hat sich also nur versichert vor Beginn der zweiten Lesung, daß die alte Mehrheit trotz aller neuer Coalitions-Versuche, noch in festen, geschlossenen Reihen zum letzten Kampfe gerüstet ist.

R. 3.

— Eine bairische Erklärung, welche eben an die Central-Gewalt eingegangen ist, ist noch nicht als Ultimatum zu betrachten, sondern gleich der österreichischen erst eine allgemeine, abwartende Aeußerung. Sie spricht sich bestimmt dahin aus, daß Baiern zu keinem „Aus-schlusse“ Oesterreichs aus Deutschland, auch nicht zu einer Stellung desselben in einem weiteren Bundes-Verhältnisse seine Zustimmung geben werde. Ferner verwahrt sich Baiern im Voraus auf das Allerbestimmteste gegen jede allzustarke Anforderung an die souveräne Selbstständigkeit Baierns.

Deutsche Ztg.

**Frankfurt, 19. Februar.** Der „Deutschen Ztg.“ zufolge ist dem preussischen Bevollmächtigten eine neue Erklärung des berliner Cabinets zugegangen, die eben so bestimmt als ruhig lautet. Sie hält den Standpunkt der Note vom 23. Januar durchaus fest und spricht sich klar über den engeren bundesstaatlichen Verband aus, in welchen einzutreten Preußen eben so wenig einen Staat zwingen wird, als es zugeben wird, daß irgend einer am Eintritte verhindert werde. Ferner enthält sie die näheren Erklärungen über das vorliegende Verfassungswerk der Nationalversammlung. Die Ausstellungen, die daran gemacht werden, lassen sich zusammenfassen in solche, welche den Wunsch ausdrücken, die Selbstständigkeit der einzelnen in den Bundesstaat tretenden Staaten so viel als möglich zu schonen, und zweitens in solche, die darauf dringen, die Befugnisse des an der Spitze des Bundesstaates tretenden Oberhauptes so genau und scharf als möglich zu bestimmen.

**Mainz, 15. Februar.** Es ist nun definitiv festgestellt, daß nächsten Donnerstag, den 22. d. M., im hohen Dome die Wahl eines Nachfolgers unseres hochseligen Bischofes, Dr. Petrus Leopold Kaiser, durch das hochwürdige Domcapitel stattfinden wird.

**Köln, 20. Februar.** Die beklommene politische Stimmung hat auf unsere Carnevals-Feier, die vorgestern und gestern vom Wetter ausnehmend begünstigt ward, zwar etwas eingewirkt, sie jedoch nicht behindern oder zu stören vermocht. Die vorgestrige Rappensahrt stand mit ihrem bunten Gewimmel von Reitern und Fuhrwerken hinter den früheren Jahren in keiner Beziehung zurück und wenn auch der gestrige, von der großen Carnevalsgesellschaft veranstaltete Festzug, die Reise nach Californien darstellend, im Anfange die riesigen Aufzüge der vorigen Jahre nicht erreicht, so waren doch mehrere der Festwagen eben so prächtig als sinnvoll ausgeschmückt und das freilich etwas beschränkte Ganze machte den heitersten Eindruck. Die politischen Verhältnisse hatten, wie gewöhnlich, den meisten Stoff hergeben müssen, um das bunte Treiben möglichst pikant zu machen. Die Proclamation der Republik zu Rom hat hier vielfach einen peinlichen Eindruck gemacht, den jedoch die Erwägung mildert, daß das dortige Treiben nicht von Dauer seyn werde.